

# Berliner Zeitung

Archiv » 2007 » 23. November » Politik

## Textarchiv

### Vor der Bewährungsprobe

**GRÜNE - Die Spitze steht vor heiklen Parteitags-Debatten.  
Oberbürgermeister Palmer warnt vor unhaltbaren Versprechen.**

*Jörg Michel*

BERLIN. Wenigstens eines ist bei den Grünen sicher: Der Parteitag in Nürnberg findet statt. Die Notfallpläne bleiben in der Schublade. Die Sonderzüge sind abbestellt. Hätten die Lokführer heute wirklich gestreikt, die Tagung hätte auf der Kippe gestanden. Immerhin kommen bei der Öko-Partei die Delegierten traditionell mit dem Zug. Die Gespräche bei der Bahn sind für die Grünen also eine gute Nachricht. Von denen hat es für die Partei zuletzt nicht so viele gegeben.

Denn die Grünen stecken zwei Jahre nach dem Gang in die Opposition in der Krise. Die Umfragen sind mäßig. Kaum jemand weiß, wohin die Partei eigentlich will. Offen ist auch, wer sie in den nächsten Bundestagswahlkampf führt. Auf dem Sonderparteitag in Göttingen vor zwei Monaten erlebte die gesamte Parteispitze ein Debakel. Wenn sich also die rund 800 Delegierten bis Sonntag in Nürnberg treffen, dann steht dort die gesamte Führungsspitze vor einer Bewährungsprobe. Es geht um die künftige Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die Parteioberen geben sich optimistisch. "Diesmal haben wir unsere Hausaufgaben gemacht", sagt Parteichef Reinhard Bütikofer. Doch die parteiinternen Kritiker wollen in Nürnberg ihren Feldzug gegen die rot-grünen Regierungsjahre fortsetzen. So will etwa Robert Zion, der siegreiche Parteirebell von Göttingen, auch dieses Mal die Partei und ihre Spitze nach links zu zwingen. "Wir haben einen Fehler gemacht, und der heißt Hartz IV", sagt Zion. Er spricht vielen Mitgliedern aus dem Herzen, die sich nach der Göttinger Kurskorrektur bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr nun auch in ökonomischen Fragen einen radikalen Neuanfang wünschen.

Die Parteispitze dagegen will die Grünen mit Blick auf die nächsten Wahlen auf einem realpolitischen Kurs halten, kann aber die weit verbreitete Stimmung gegen die Reformen nicht ignorieren. In ihrem zentralen Antrag

stellt sie die Agenda 2010 zwar nicht direkt in Frage, fordert jedoch massive Korrekturen. Sie will im Rahmen einer Grundsicherung den Regelsatz beim Arbeitslosengeld II von derzeit 347 auf 420 Euro erhöhen und Sanktionen gegen Langzeitarbeitslose abbauen.

Anders als in Göttingen steht diesmal die gesamte Partei- und Fraktionsspitze hinter dem Antrag. Und doch kann sich die Führung nicht sicher sein. Kritik gibt es von zwei Seiten: Der rechte Parteiflügel hält die geplanten Maßnahmen für nicht finanzierbar. Der Finanzexperte Oswald Metzger hat mit seinem Parteiaustritt gedroht, sollte es in Nürnberg zu unrealistischen Beschlüssen kommen. Auch der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer warnt vor unhaltbaren Versprechen.

Gefährlich für die Spitze ist auch eine flügelübergreifende Initiative, die einem radikalen Umbau des Sozialstaats will und für ein bedingungsloses Grundeinkommen eintritt. Dieses so genannte Bürgergeld soll unabhängig von der Bedürftigkeit an alle gezahlt werden. Es wird von einflussreichen Landesverbänden, etwa Baden-Württemberg, unterstützt. Sollte es sich durchsetzen, wäre die Führung gescheitert.

-----  
"Ein Grundeinkommen für alle Bürger ist in der deutschen Parteienlandschaft nicht anschlussfähig." Reinhard Bütikofer  
-----

Foto: Stühlerücken: Teile der Grünen-Basis fordern auf dem Parteitag in Nürnberg einen radikalen Neuanfang.

[IMPRESSUM](#) [KONTAKT](#) [MEDIADATEN](#)



**Berliner.de**

